

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Zugpreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.— A.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltenen Zeile oder deren Raum für Geisenheim
25 A., auswärtiger Preis 30 A. Kellameile 90 A. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanschluß Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 91.

Donnerstag den 5. August 1920.

20. Jahrgang.

Die Amnestiefrage.

— Berlin, 2. August.

Das Abkommen mit Holland.

Im Mittelpunkt der heutigen Verhandlungen steht die Amnestiefrage, zu der verschiedene Anträge vorliegen. Zuvor wird rasch eine Reihe kleiner Gesetze erledigt. Das Abkommen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Litauen, das Kredit- und Kohlenabkommen mit Holland und das Gesetz zur Änderung des Postgebührengesetzes, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Die Amnestieanträge.

Auf der Tagesordnung stehen dann mehrere Anträge, die die Amnestie fordern. Ein mehrheitlich sozialistischer Antrag verlangt Vorlegung eines allgemeinen Amnestiegesetzes im Verfolg der Vorkriegsvereinbarungen. Ein Antrag Ledebour (U. Soz.) geht noch weiter und fordert ein Amnestiegesetz, wonach für alle Straftaten aus politischen Beweggründen die Amnestie gewährt wird. Ein deutschnationaler Antrag fordert die Einbeziehung der Führer des Rapp-Butsches unter die Amnestie.

Der Antrag der Regierungsparteien.

Schließlich haben die Regierungsparteien einen Gesetzentwurf über eine beschränkte Gewährung von Straffreiheit eingebracht, dessen grundlegender Paragraph lautet:

„Für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens (Rapp-Butsch) gegen das Reich begangen worden sind, wird Straffreiheit erwährt.“

Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die in einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Straffrei sind auch Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind, sofern sie nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen beruhen. Von der Straffreiheit sind ausgeschlossen die Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes und der Brandstiftung.“

Die Aussprache.

Ueber diese Anträge entwickelt sich eine lange, teilweise sehr erregte Debatte. Die Abg. Prof. Radbruch (Soz.) und Dr. Herzfeld (U. Soz.) begründen die Anträge ihrer Parteien. Für das Zentrum spricht Abg. Reichgerichsrat Vorlage: Wir brauchen wieder eine starke Autorität im Lande. Wenn die Unabhängigen sich über die überfüllten Gefängnisse beschweren, so sollten sie an ihre Aufreizungen zu Streik und Unbotmäßigkeit denken. (Lärm bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Türring (Dnl.): Der Rapp-Butsch war eine politische Tumult. Wir dürfen die Führer des Rapp-Butsches nicht von der Amnestie ausnehmen. Sie ist ihnen versprochen worden.

Reichsjustizminister Dr. Heine: Die Justizhoheit liegt bei den Einzelstaaten. Bayern hat auf das Bestimmteste gegen eine allgemeine Amnestie Widerstand erhoben. Diesen Widerstand Bayerns müssen wir als höchst berechtigt anerkennen. Bei Hochverrat gegen das Reich haben wir zugegriffen und wollen nunmehr im weitesten Maße amnestieren. Wir wollen auch alle Abwehrhandlungen amnestieren, die sich gegen den Hochverrat des Reichs betr. richten, und schließlich alle Handlungen, die in ursächlichem Zusammenhang mit dem Hochverrat stehen. Ausgenommen werden müssen gemeine Verbrecher, ferner die Mordführer. Wer ein derartig namenloses Ungeheuer über Deutschland herbeiruft, muß auch die Folgen tragen. Wir wollen Gerechtigkeit nach Recht und Recht haben.

Abg. Dr. Wahl (D. Sp.) stimmt der Vorlage mit schwersten Bedenken zu. Es zeigt sich hier, wie bei der Frage der Kriegsverbrechen, ein Zwiespalt zwischen dem Rechtgedanken und der politischen Notwendigkeit. Auch gegen die Einzelheiten der Vorlage haben wir ernste Bedenken, vor allem darf nicht die Schuld einzeln gemessen werden. Wesen der Amnestie ist Verzicht auf die Schuldprüfung des Einzelalles.

Abg. Schiffer (Dem.) wendet sich gegen die Voraussetzung, daß er sich in seiner Eigenschaft als Justizminister für die Amnestieerklärung an die Führer des Rapp-Butsches eingeleitet habe. Seine Fraktion lehne es ab, denen Amnestie zu gewähren, die nichts als Unheil über das Land gebracht haben.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.): Wir haben uns immer Hergens zur Mitunterzeichnung des Regierungsantrages entschlossen, um die notwendige Vereinbarung zu schaffen.

Abg. Stresemann (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen während der Rapptage. So weit er sich erinnern, sollten sich die Verhandlungsführer bei ihren Forderungen für eine Amnestie einig sein. Die Gewährung der Straffreiheit für die Führer derjenigen Unternehmen, die ohne Zusammenhang mit dem Rapp-

Unternehmen im Westen stattgefunden haben, sei hoch gefährlich. Die Haltung der Mitglieder der Deutschen Volkspartei ist geteilt. Der Redner spricht sich für den deutschnationalen Antrag aus, der auch die Führer des Rapp-Butsches in die Amnestie einbezogen wissen will.

Abg. Herzt (Dnl.) berichtet ebenfalls über die Verhandlungen mit den Führern des Rapp-Butsches während der Rapptage und fordert die Einbeziehung der Führer des Rapp-Butsches in die Amnestie.

Die Anträge der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten und der Deutschnationalen wurden abgelehnt. Der Gesetzentwurf der Mittelparteien wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Haushaltsentwurf.

Der Haushaltsentwurf für das Reichsministerium des Innern wird ohne Erörterung angenommen mit einer Entschließung, darauf hinzuwirken, daß der Massenemigration fremdständiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze, gewahrt werde. Ferner sollen fremdständige Elemente, soweit sie sich als lästig erweisen, über die Grenze, sofern möglich, zurückgebracht und erforderlichenfalls inzwischent interniert werden.

— Berlin, 3. August 1920.

Einwohnerwehr und „Selbstschutz“.

Wie üblich an jedem Dienstag und Freitag sind heute zunächst eine Reihe kleiner Anfragen zu erledigen. Besonders Interesse verdient eine Anfrage der Unabhängigen über die Beseitigung der Berliner Einwohnerwehr, die sich neuerdings in Berliner Selbstschutz umgetauft und umorganisiert habe. Hierzu erklärt Reichsminister Koch, die Einwohnerwehr Berlin sei seit dem 10. April aufgelöst. Ihre gesamten Waffendepots sind der Städtischen Wehr übergeben. Ein Teil ist noch in den Händen der einzelnen Mitglieder. Die Bildung des Selbstschutzes wird vom Polizeipräsidenten aufmerksam verfolgt. Die Bestrebungen und Saktionen dieser Organisation unterliegen zurzeit eingehender Prüfung. Eine Anerkennung ist nicht erfolgt. Erst nach der Annahme des Entwurfs des Entwurfs wird die Einziehung der Waffen durch das Reich möglich sein.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Verordnung über Wohnpflandungen. Der Entwurf hat doppelte Bedeutung im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensverhältnisse. Die der Pflandung nicht unterworfenen Summe wird danach für Verheiratete auf 5000 Mark und für Ledige auf 4000 Mark festgelegt. Der Entwurf wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Lesung des Entwurfs des Entwurfs.

Der Ausschuss hat die Bestimmung eingefügt, daß für die Ablieferung rechtmäßig erworbener Waffen Entschädigung zu leisten ist. Die Reichswehr soll vom Reichskommissar zur Hilfeleistung nur herangezogen werden, wenn die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenablieferung nicht ausreichen. Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten und mit dem 1. März 1921 außer Kraft gesetzt werden.

Abg. Lübbig (Soz.): Wir wollen an der Durchführung des Gesetzes mitarbeiten, aber verhindern, daß es zu einem Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterschaft wird.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Das Gesetz ist für uns unannehmbar, weil es sich gegen die Arbeiter richtet.

Reichsminister des Innern Koch: Die Vorgänge in Jittau beweisen, daß auch auf der linken Seite Waffen vorhanden sind. Die Reichswehr soll nur da einschreiten, wo alle anderen Nachtmittel versagen.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Ztr.): Der Entwurf des Brief- und Telephonverkehrs, die darin besteht, daß der Reichskommissar ermächtigt wird, zur Durchführung der Entwaffnungsgesetze gegebenenfalls Brief- und Telephonverkehr zu überwachen, stimmen wir nicht zu.

Abg. v. Gallwitz (Dnl.): Den Behauptungen der Unabhängigen, die Arbeiterchaft verführe nicht mehr über Waffen, haben wir allen Grund zu misstrauen.

In der Einzelberatung wird ein Antrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen zugeteilt wird. Das Einverständnis des Beirats ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. Im § 7 war dem Reichskommissar das Recht zugesprochen, gegebenenfalls auch das Brief-, Post-, Telephon- und Fernsprechgeheimnis aufzuheben. Diese Vollmacht wird wieder gestrichen.

Schließlich wird das Gesetz mit diesen Änderungen in zweiter Lesung angenommen. In die dritte Lesung kann infolge des Widerstands der Unabhängigen nicht eingetreten werden.

Darauf wird der Haushaltsentwurf nach längerer Debatte über die Ostjudenfrage und die Schulpolitik in dritter Lesung angenommen.

Der russische Vormarsch.

Die Sowjettruppen 120 Kilometer vor Warschau.

Nach einer englischen Meldung sind die Russen nur noch drei Tagemärsche von der polnischen Hauptstadt entfernt. 8000 bolschewistische Reiter stehen an einem Punkte halbwegs zwischen Grodno und Warschau. Die Rote Armee ist demnach etwa 120 Kilometer von Warschau entfernt und hat bereits die Rawawlinie südlich von der Bahn Bielowitz-Warschau überschritten.

In der Nordfront bei Lomza hat sich der Widerstand der Polen verstärkt. Eine Reihe von Freiwilligenverbänden, die zum Teil von französischen Instruktionsoffizieren geführt werden, ist an die Rawawlinie gebracht worden. Auch die Sowjettruppen sammeln sich an dieser Linie. Es wird jedenfalls von ihnen erwartet, die weit zurückgebliebene Artillerie möglichst schnell heranzuziehen und einen Frontangriff durchzuführen. Auch müssen die Polen mit der Möglichkeit eines Flankenangriffs rechnen. Die bolschewistische Mittellinie ist in ständigem Vordringen. Unmittelbar vor den Toren Brest-Litowsk haben sich heftige Kämpfe entwickelt. Nach einer Privatmeldung sind die Bolschewisten bereits in die Festung eingebrungen.

Vor dem Einmarsch in den polnischen Korridor.

Bei der geringen Stärke der längs der ostpreussischen Grenze aufgestellten polnischen Grenztruppen und dem unaufhaltenden Vormarsch der russischen Aufklärungsschwadronen ist damit zu rechnen, daß die Russen bald in den südlichsten Teil des polnischen Korridors einrücken werden. Aus Aussagen russischer Offiziere geht hervor, daß das Ziel von Sowjetrußland u. a. sei, die alte russische Grenze wieder herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben. In Bismarck wartet die Weltbevölkerung, die eingesehen hat, daß ihr nur durch den russischen Einmarsch Hilfe gegen die polnischen Uebergriffe geleistet werden könne, auf die Russen.

Der Schutz der Ostgrenze.

Westlich von Friedrichshof im Kreise Ortelsburg befinden sich keine polnischen Grenztruppen mehr. Die Entente-Truppen sind bei Allenstein zusammengezogen. Die Grenze wurde dadurch völlig schutzlos. Die Reichsregierung hat infolgedessen den Reichskommissar des Bezirks Allenstein die Erlaubnis erteilt, wenn dringende Umstände es möglich machen, Truppen der Reichswehr an die Grenze zu senden, unter Vorbehalt der späteren Entscheidung der Alliierten. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz eine deutsche Note in dieser Angelegenheit überreicht. Der „Times“ nennt die Entsendung deutscher Truppen, die vielleicht Kontakt mit den russischen Bolschewisten nehmen könnten, ein Ereignis, dessen Ernst in die Augen springt.

Polnischer Heeresbericht.

Der polnische Frontbericht vom 2. August lautet: Südlich von Ostrolenka bis zur deutschen Grenze keine Veränderung. In der Gegend von Lomza sind die Angriffe des Feindes schwächer geworden. Unsere Abteilungen der freiwilligen und regulären Armee greifen hier an. Vom Rawaw bis zum Bug sind unsere Abteilungen in steter Fühlung mit dem Feinde.

Am Bug sind Kämpfe in der Gegend von Mielsk im Gange. Bei Brest hat der Feind ansehnliche Kräfte aller Waffengattungen konzentriert und will wahrscheinlich mit aller Gewalt in den Besitz der Festung gelangen. Südlich von Brest keine ernsthaften Kampfhandlungen.

Bei Grodno (Gallizien) sind Kämpfe im Gange, bei denen auf beiden Seiten größere Truppenverbände herangezogen werden. Die Kampfhandlungen verlaufen dort für uns günstig. Am Sereth nehmen die Kämpfe allmählich an Heftigkeit zu. Wir konnten zahlreiche bolschewistische Kräfte feststellen.

Die Russen vor Lemberg.

Der russische Heeresbericht vom 1. August sagt: Im Abschnitt Lomza Kämpfe um die Rawaw-Linie. Westlich von Lomza erzwangen wir den Ueberzug über diesen Fluß. Westlich von Bielsk erreichten unsere Truppen die Linie des Flusses Ruzs und überschritten ihn. Im Süden kämpfte unsere Kavallerie westlich Grodno in der Gegend nördlich Ost (40 Kilometer nordöstlich von Lemberg).

Die „Times“ meldet aus Warschau, daß französische Offiziere helfen, Lemberg in Verteidigungszustand zu setzen.

Die Entente-Hilfe für Polen.

Aus Paris wird gemeldet: In Danzig geht die Ausladung von Munition und Kriegsmaterial durch Franzosen und Engländer ohne Zwischenfall vor sich. Der Weitertransport nach der polnischen Front habe begonnen.

Lomza von den Bolschewisten genommen.

Die polnischen Streitkräfte, unterstützt von den ersten Freiwilligenverbänden, leisten an der Rawawlinie verzweifelter Widerstand und versuchen die Sumpfgegend an der Pisa und am Rawaw um jeden Preis

zu warten. Es gelang ihnen auch, mehrere Angriffe der Bolschewisten blutig abzuwehren. Schließlich aber konnten die Sowjettruppen den Übergang über den Niemen westlich der Festung Komja erzwingen. Damit war das Schicksal Komjas besiegelt. Die Offensive wird energisch fortgesetzt.

Die Munitionstransporte.

Deutscherseits wird der Friedenskonferenz in Paris eine Note überreicht werden, in der das Ersuchen an die Mächte gerichtet wird, Munitions- und Abstützungs-transporte für die alliierten Truppen in den Abstützungsgebieten rechtzeitig anzumelden, damit die Regierung in die Lage versetzt wird, unliebsame Zwischenfälle von der Art hintanzuhalten, wie sie jetzt in Ostpreußen und anderen Orten vorgekommen sind.

Die letzte Abstimmung.

Oberschlesien vor der Entscheidung.

Der Friedensvertrag von Versailles hat große Teile des deutschen Vaterlandes mit alter deutscher Bevölkerung von der Heimat losgerissen und für andere ebenfalls weite deutsche Landstriche die Verpflichtung zur Abstimmung der Bevölkerung über ihre endgültige Landeszugehörigkeit vorgeschrieben. Daß diese zweite Form nur eine verschleierte Annexion bedeutete, mit der unsere Feinde die rücksichtslose Verteilung ihrer Beute zu bemänteln hofften, war von vornherein klar. Ebenso klar war es aber auch für die deutschen Landsleute in den bedrohten Gebieten, daß dieser Schachzug vereitelt werden müßte und würde. Das Abstimmungsergebnis sowohl in Schlesien als auch jetzt in Ostpreußen hat mit elementarer Wucht Zeugnis abgelegt von alter deutscher Treue unserer Grenzlande, von der unwandelbaren festen Anhänglichkeit ihrer Bevölkerung zur angestammten Heimat. Wenn wir an diesem Ergebnis auch niemals zweifeln konnten, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß es unseren Getreuen wahrlich nicht leicht mit ihrem Bekenntnis gemacht worden ist. Wir wissen alle, welche gewaltigen Anstrengungen von der Gegenseite gemacht worden sind, mit Geld und allen möglichen Schikanen, wie sie einem rücksichtslosen Gewalthaber zu Gebote stehen, die Stimmabgabe zu stören und müssen daher unserer Freude über das Ergebnis doppelt begeisterten Ausdruck verleihen.

Noch steht in einem letzten großen Teil des Vaterlandes — in Oberschlesien — die Abstimmung bevor und mit Spannung sind aller Augen auf diesen besonders bedrohten, weil vor allem wichtigen und wertvollen Teil unseres Landes gerichtet. Hier soll es unseren Landsleuten ganz besonders schwer gemacht werden und es wird auf den letzten Mann ankommen.

Wir wissen, daß von den Unseren keiner fehlen wird, wenn es darauf ankommt, und hoffen zuversichtlich, daß auch in Oberschlesien das deutsche Banner siegen wird!

Simons über Bolschewismus.

„Die deutsche Natur ist nicht bolschewistisch.“

Ueber das Wesen der bolschewistischen Bewegung und die Notwendigkeit einer strikten Neutralität Deutschlands im russisch-polnischen Kriege schreibt Reichsminister Dr. Simons in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ u. a.:

„Würde sich die deutsche Jugend dazu verführen lassen, die letzte Kraft des neuen Deutschlands in den Kampf gegen den Bolschewismus zu werfen, so würde sie zu spät erkennen, daß sie für die Milliardenforderungen der gläubigen Russlands gebietet hat.“

Die deutsche Natur ist nicht bolschewistisch; nur der Krankheitszustand, in den Krieg und Blockade unsere Bevölkerung versetzt haben, öffnete den kommunistischen Ideen einen so breiten Eingang in den Volksorganismus.

Jeder Versuch, uns mit Feuer und Schwert von der Nichtigkeit bolschewistischer Ideen zu überzeugen, würde eine geschlossene Gegnerschaft finden. Wir haben weder für den Kreuzzug Westeuropas gegen den Bolschewismus, noch für den heiligen Krieg des Bolschewismus gegen Westeuropa etwas übrig.

Die deutsche Politik wird ehrlich neutral bleiben, und wer sie daran hindert, der wird das deutsche Volk zu geschlossener Abwehr bereit finden. Wenn auch die Machtmittel Deutschlands durch den Frieden von Versailles geschwächt sind, so ist es doch selbst für die heutigen Gewalttäter gefährlich, den einheitlichen Willen eines großen Volkes zu mißachten.“

Durch diese neuen Äußerungen des Außenministers erhält das Bild, das Dr. Simons vor kurzem im Reichstag über den Bolschewismus entworfen hat, eine wertvolle Ergänzung. Deutschland will und muß neutral bleiben. Es darf sich nicht zum Kriegsschauplatz zweier Welten machen lassen. Nachdem es während fünf Kriegsjahren bis auf wenige Gebiete von den Schrecken des Krieges völlig verschont blieb, darf es jetzt nicht neue Gefahren heraufbeschwören, indem es sich von der Entente im Kampfe gegen den Bolschewismus ins Schlepptau nehmen läßt.

Der Bolschewismus wird auch ohnedies seine natürlichen Grenzen finden. An den deutschen Grenzpfählen bricht sich seine Macht, denn das deutsche Volk in seiner übergrößen Mehrheit will nichts von seinen Ideen wissen, die deutsche Natur ist eben nicht bolschewistisch, wie Dr. Simons sehr richtig ausführt. Und auch diejenigen Volksteile, bei denen die kommunistischen Ideen vorübergehend Eingang gefunden haben, werden sich eines Besseren besinnen, sobald erst die Ernährungsfrage sich bessert und damit wieder Ruhe und Ordnung ins deutsche Land einkehrt.

Die Truppentransporte durch Deutschland.

Erklärung Simons im Reichstag.

In weiten Kreisen besteht der Eindruck, daß die Entente entgegen unserer Neutralitätserklärung Waffen- und Munitionstransporte nach Polen durch Deutschland schicken wolle. Tatsächlich sollen auf den ober-schlesischen Bahnen unausgesetztzüge mit vierachsigen englischen und amerikanischen Waggons einreisen, die sofort nach Polen weitergeleitet werden. Die Waggons enthalten zum Teil Munition, zum Teil Verbandzeug. In der Bevölkerung herrscht über diese Verletzung der deutschen Neutralität große Erregung.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben grundsätzlich jede Beförderung von Truppen- und Munitionstransporten abgelehnt, die angeblich Gefangenentransporte darstellen sollen, in Wirklichkeit aber zur Unterstützung einer kriegsführenden Macht Verwendung finden. Es werden überall Ueberwachungsanstalten gebildet, die alles rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben. Sämtliche sozialistischen Parteien in Sachsen fordern ihre Mitglieder auf, an der Verhinderung solcher Transporte mitzuwirken.

Reichsminister Dr. Simons benutzte die zweite Lesung des Notetats, um den Transportarbeitern für die Energie zu danken, mit der sie die deutsche Neutralität zu wahren bemüht sind. Die Transportarbeiter könnten überzeugt sein, daß das Auswärtige Amt jeden Versuch, die ehrliche deutsche Neutralität zu verletzen, mit aller Energie zurückweist. Er bitte sie aber, die nötige Besonnenheit zu bewahren, denn wir haben noch gewisse Verpflichtungen gegenüber der Entente auf Ersatz und Ergänzung ihrer Truppen im Abstimmungsgebiet. Wir können aber nicht zulassen, daß die Truppen aus den Abstimmungsgebieten gegen die Russen verwendet und daß als Ersatz für sie andere Truppen durch Deutschland in die Abstimmungsgebiete transportiert werden. Die abgestellten Truppen müssen nach England oder nach Frankreich oder in ein anderes Land der Alliierten zurückgebracht werden. Er halte es für erforderlich, daß wir diese Dinge genau beobachten und uns darüber Bericht erstatten lassen.

Die tschechoslowakischen Transporte beendet.

Die Transporte der tschechoslowakischen Truppen von Kuchab nach Wodensbach sind nunmehr beendet. Die weiteren Transporte werden über Triest geleitet und daher Deutschland nicht mehr berühren.

Der Putz in Zittau.

Die Einsetzung einer Rätereierung beschlossen.

In Zittau ist die Spannung auf höchste gestiegen. In einer Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten, zu der etwa 6000 Personen erschienen waren, wurde die Einsetzung einer Rätereierung beschlossen. Die gegenwärtige sächsische Regierung soll sofort abdanken. Es soll unter Ausschließung aller bürgerlichen Parteien eine neue Regierung gebildet werden und die Diktatur des Proletariats proklamiert werden. Ferner wird die Auflösung der Polizei- und Reichswehrformationen sowie die Entwaffnung der Sicherheitswehr gefordert. Der Generallstreik soll so lange weiter geführt werden, bis die Forderungen erfüllt sind. Sollte keine oder eine ablehnende Antwort eintreffen, dann soll der Generallstreik auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt werden, also auch auf das Wasserwerk und das Gaswerk. Das Elektrizitätswerk ruht schon seit einigen Tagen.

Die Stadt war auch am Montag ohne Licht und Kraft, die Zeitungen erschienen nicht. Von der Terroristen wird überall in Zittau zum Generallstreik und zur Schließung der Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, aufgefordert. Sendboten der Zittauer Kommunisten und Unabhängigen sind in sämtlichen größeren Orten der Oberlausitz tätig, um auch dort den Generallstreik herbeizuführen. Die Terroristen haben es abgelehnt, drei Vertreter zur Verhandlung mit der Regierung nach Dresden zu senden.

Regierungsausruf an die Bevölkerung.

Die sächsische Regierung hat mittels Flugzeuges in der Oberlausitz Flugblätter abwerfen lassen. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die gesetzlichen Behörden bei den bereits eingeleiteten Schritten zu unterstützen und der Landesicherheitspolizei und der Reichswehr mit Vertrauen zu begegnen. Die vorliegende Gewalt befindet sich nicht in den Händen des Militärs, sondern sei von der Regierung einem Zivilkommissar übertragen worden. Der Ausruf ist von sämtlichen sächsischen Ministern unterzeichnet.

Zittau von allem Verkehr abgeschnitten.

Nach einer neuen Meldung aus Zittau ruht der Eisenbahnverkehr vollkommen. Eisenbahnangestellte bewachen den Bahnhof und die Bahnanlagen. Der Personen- und Güterverkehr ist sowohl von Dresden als auch von Eibau und Görlitz gänzlich eingestellt. Zittau ist von allem Verkehr abgeschnitten, nur Lebensmittel dürfen herangebracht werden. Auch der Wagenverkehr wird auf der Landstraße kontrolliert und nur Lebensmitteltransporte dürfen in die Stadt hinein.

Der Oberbürgermeister von Zittau ist aus Dresden nach Zittau zurückgekehrt. Die Vortruppen der Reichswehr, die von der Bürgerwehr mit großer Schnelligkeit erwartet wird, sind im Anmarsch. Die großen Ueberlandzentralen liegen weiter still, so daß außer Zittau ein großer Teil der Lausitz und der Ostpfalz von Sachsen ohne elektrisches Licht und ohne Kraft bleiben. Hunderte von Fabriken sind dadurch zum Stillstand gezwungen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 3. August 1920.

— Reichspräsident Ebert sagte seinen Besuch zur bevorstehenden Reise in Leipzig zu.

— In dem päpstlichen Konsistorium im November soll das Deutsche Reich zwei neue kirchliche Fürsprecher, den Erzbischof Dr. Faulhaber von München und den Erzbischof Dr. Schulte von Köln, erhalten.

— Für den Posten des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung ist der Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium Dr. Peters in Aussicht genommen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter, dem die erforderliche Energie nachgerühmt wird.

— In einer Konferenz von Vertretern der Landeswirtschaft und der größeren Städte der Provinz Schlesien stellte Oberpräsident Kärbis die endgültige Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Zeit bis spätestens 1. September d. J. in Aussicht.

— Die wegen der Verhaftung Dortens durch die internationalisierte Rheinlandskommission verhängten Amtsenthebungen wurden rückgängig gemacht, weil

die Westbaderen Polizei- und Regierungsstellen von den Vorgängen gegen Dorten tatsächlich keine Kenntnis hatten.

— Bei den kürzlich stattgefundenen Betriebsneuwahlen der Oberschlesischen Eisendörsche in Chorzow errlihten die Polen eine empfindliche Niederlage. Von 1880 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die Deutschen 1723, auf die Polen 157 Stimmen.

— Eine Schuldenlast von 288 Milliarden hat das deutsche Volk zu tragen, und dazu kommen noch 31 Milliarden für den Erwerb der Eisenbahnen. Unser finanzielle Lage ist so ernst, daß der Reichsfinanzminister, wie er bei der Beratung des Notetats am Montag im Reichstag erklärte, von der Sorge bewegt wird, wie lange überhaupt noch die jetzigen Gehälter bezahlt werden können. Daneben steht weiter die Ungewißheit über die Größe der uns aus dem Friedensvertrag erwachsenden Zahlungsverpflichtungen, über die erst in Genf entschieden werden soll. Wenn die Alliierten dort kein Verständnis für unsere trostlose finanzielle Lage zeigen, dann ist der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands nicht mehr aufzuhalten.

— Freigabe der Kartoffelwirtschaft. Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages nahm den Zentrumsantrag an, wonach bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Sozialisten, der Bayerischen Volkspartei und der Nationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden Anträge der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15, resp. 20 Mark für den Zentner herabsenken wollten. Die Regierung soll dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft vorlegen, über den dann der Ausschuß für Volkswirtschaft Mitte August zu beschließen haben wird.

Frankreich: 130 000 Kriegsgefangene verschicken.

Aus San Remo wird gemeldet: Der Völkervertrag hat beschlossen, sofort Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung wegen der Rückführung der noch in Russland befindlichen Kriegsgefangenen einzuleiten. Nach den Berichten Professors Kaniens sind die Zustände in den russischen Gefangenenlagern entsetzlich. Von den früheren 200 000 Gefangenen in Turkestan seien nur noch 70 000 vorhanden. Die übrigen seien gestorben oder in die Sklaverei verkauft worden. In der Umgebung von Wladikavkaz befinden sich 200 000 Gefangene.

Irland: Irisches Bündnis mit Moskau.

Irland: Premierminister Lloyd George erklärte gegenüber einer unionistischen Abordnung zu den Vorgängen in Irland, daß er der Ueberzeugung sei, daß die Eingriffe von den Bolschewisten unterstützt würden und mit diesen 1919 in Amerika ein Bündnis abgeschlossen hätten. Die Regierung bereitet scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung der Stunkeinerbewegung vor. Neue blutige Ereignisse sind zu erwarten. — Durch solche Erklärungen will Lloyd George wohl den „Feldzug“ gegen Irland populär machen und die brutale Gewaltpolitik der britischen Regierung rechtfertigen. Das mag ihm vielleicht in England gelingen, in der übrigen Welt wird er wenig Eindruck damit machen können.

Rußland: Südrussischer Aufstand gegen die Sowjets.

In Süden der bolschewistischen Armee ist eine große Aufstandsbewegung ausgebrochen. Das Aufstandsgebiet umfaßt die Ukraine rechts vom Dniestr. Zur Niederschlagung des Aufstandes wurde die 115. und 116. bolschewistische Division aus der Front zurückgezogen. Da aber der Aufstand gleichzeitig an verschiedenen Stellen wütet, dürfte diese nicht ausreichen. Im Gebiet von Oljyn und Winnica kämpft der berüchtigte Bandenführer Schepela mit 5000 Mann. Im Gebiet von Stawischtscho, Taraschitz und Tetjart steht Krowost an der Spitze des Aufstandes. Das Haupt der ganzen Bewegung ist der Hetman Machno, der jetzt in Kiew eingenommen und sich mit General Wrangel vereinigt hat. Im Gebiet von Oljyn haben die Aufständischen unter Führung von Wolniz alle bolschewistischen Behörden abgesetzt.

Lokales und Provinzielles.

* Seifenheim, 5. Aug. Die Nonnenmühle, die der Freiin von Bodelschwing gehört, ist durch Kauf an einen auswärtigen Herrn übergegangen.

* Seifenheim, 5. Aug. Für die im besetzten Gebiet z. Zt. noch lagernden, aus dem Auslande eingeführten Brauntweine sind vom Reichsmonopolamt neue Bestimmungen getroffen worden, auf welche die Interessenten von der Handelskammer zu Wiesbaden besonders aufmerksam gemacht werden. Vor allem ist zu beachten, daß danach eine nochmalige Bestandaufnahme bis längstens 10. August zu erfolgen hat. Ein Abdruck der Bestimmungen kann in der Geschäftsstelle der Handelskammer eingesehen werden.

* Seifenheim, 5. Aug. Nach einer Verfügung vom Reichsausgleichamt Berlin ist die Anmeldefrist für Auslandsforderungen letztmalig bis 16. Aug. verlängert worden; für Versicherungsgesellschaften ist der Endtermin endgültig auf den 16. Sept. festgesetzt worden. Des weiteren werden die Interessenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Zweigstelle Köln des Reichsausgleichsamtes nach Merlostr. 28 umgezogen ist.

* Seifenheim, 5. Aug. kommenden Sonntag, den 8. August, morgens 8½ Uhr, findet dahier im „Weißen Hof“ eine Kartellsitzung der freien Gewerkschaften statt. Außer Vorstandswahl steht ein sehr interessanter Vortrag über das Siedlungswesen auf der Tagesordnung.

* Seifenheim, 5. Aug. Der seither 8.20 Uhr vormittags hier abfahrende Triebwagen Nr. 1124 Vorch-Rainz fährt in Seifenheim bereits 8.17, also 3 Minuten früher ab.

* Aus dem Rheingau. Die amtlich festgesetzten Höchstpreise für Steinobst können auf den Märkten der benachbarten Großstädte nicht eingehalten werden. Die Ernte ist sehr gut ausgefallen, wodurch ein großes Angebot eintrat, so daß die Händler, die teilweise das Obst zu den Höchstpreisen eingekauft hatten, weit unter ihren Einkaufspreisen ihre Waren loschlagen mußten. Es ist deshalb in diesen Tagen mit einem wesentlichen Sinken der Obstpreise zu rechnen.

* Eltvile, 2. Aug. Die Stadt Eltvile hat das von der Schwalbacher, Valduin- und Holzstraße eingerahmte Ansbacher'sche Grundstück käuflich erworben. Zur Behebung der Wohnungsnot sollen an der Holzstraße zunächst vier Doppelwohnhäuser auf dem Gelände erstellt werden.

* Weilburg, 2. Aug. Das amtliche Kreisblatt des Oberlohnkreises, der „Weilburger Anzeiger“, stellte am 31.

Juli wegen der unerschwinglich gewordenen Herstellungskosten vorläufig sein Erscheinen ein.

Ahrweiler, 2. Aug. Die Stadtverordneten beschloßen die Einführung einer Wohnungsteuer. Uebersteigt die Zahl der Wohnräume einer Wohnung die Zahl der Personen des Hausstandes um mehr als einen Raum, so werden erhoben für zwei Räume 100 M., drei Räume 250 M., vier Räume 500 M., fünf Räume 750 M., 6 Räume 1000 M., sieben Räume 1500 M., für jeden weiteren Raum je 1000 M. jährlich.

Aus Stadt und Land.

Mahrepidemie in Weßfalen. In Buer ist eine Mährepidemie ausgebrochen, die in den letzten Tagen einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Das städtische Gesundheitsamt teilt mit, daß in den verschiedenen Mährehäusern bereits über 40 Erkrankte untergebracht sind. Auch in Obfaden hat die Epidemie einen gefährlichen Charakter angenommen. Es sind 113 Erkrankungen vorgekommen, von denen 10 tödlich verliefen. Die Stadtverordneten beschloßen, die Armen zu verschieben.

Kriegshochrufe in einer Friedensdemonstration. Eine große Friedenskundgebung veranstalteten am Sonntag die Deutsche Friedensgesellschaft und verschiedene Organisationen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten im Berliner Lustgarten. Etwa 15 000 Personen hatten sich zu der Massenkundgebung eingefunden, darunter viele Kriegsbeschädigte. Auf großen Lastwagen hatten die Schmerzkriegsbeschädigten, auf den Freitreppen des Museums und des Domes die leichter Verletzten Platz genommen. Von den pazifistischen, scharf antimilitaristischen Reden hatten einige einen stark kommunistischen Einschlag. Selbst Hochrufe auf die siegreich vordringende russische Armee fehlten in dieser Friedensdemonstration nicht. Vom Bund der französischen Kriegsbeschädigten war ein Begrüßungstelegramm eingetroffen, das mit der Versicherung ewiger Freundschaft beantwortet wurde. Es wurde auch die Absendung eines Rundschreibens an alle Völker im Sinne eines dauernden Friedens beschlossen. Der Redner der Deutschen Friedensgesellschaft erklärte, der 1. August, der so viel Unheil über die Welt gebracht hätte, müßte ähnlich dem Weltfrieden der Arbeit fortan in allen Ländern als Tag der Völkerverbrüderung und -versöhnung gefeiert und durch Arbeitsruhe begangen werden.

Der Geheimhandel mit unbekannten Zigaretten hat in einzelnen Städten Westdeutschlands einen derartigen Umfang angenommen, daß viele Millionen Mark dem Reiche dadurch verloren gehen. Zwischen Kalkenderfischen-Lagen leben die Bewohner einzelner Ortschaften fast ausschließlich von diesem schändlichen Handel. In Wenden bis zu 200 Personen überschreiten die Schmuggler die Grenze, wobei es häufig zu schweren Kämpfen zwischen den Schmugglern und den deutschen Zollbeamten kommt. Die Beamten sind jedoch meist machtlos. Eine Vermehrung der Grenztruppe ist gegenwärtig räumlich, da die Grenzbevölkerung die Abgabe von Wohnungen und den Verkauf von Lebensmitteln energisch ablehnt. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, wie dem Schmuggel gesteuert und eine ausreichende Bewachung der Grenzen gesichert werden kann.

Kartoffelkrawalle in der Pfalz. Ueber die folgenschweren Kartoffelkrawalle in der Pfalz wird noch gemeldet, daß durch Aufkäufer, darunter auch amtliche Stellen, die Kartoffelpreise die Wucherhöhe auf 60 Mark erreicht haben. Als Beauftragte des Wucheramts Zweibrücken nach dem Orte Krähenberg entsandt wurden, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Dorfbevölkerung empfing die Kontrolleure mit Sensen und Mistgabeln, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer. Eine große Anzahl der an den Zusammenrottungen beteiligten Dorfbevölkerung wurde inhaftiert verhaftet. Wegen Lebensmittelmisständen wird sich auch der Bürgermeister von Krähenberg zu verantworten haben.

Keine deutschen Völker an deutschen Rhein. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat verboten, daß auf den Rheindampfern deutsche nationale Völker gefungen werden. Sie hat dem deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in einem offiziellen Schreiben mitgeteilt, daß „Rundgebungen“ auf den Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder als gegen Angehörige der Besatzungsmächte gerichtet aufgeführt zu werden, unbedingt verboten sind und streng bestraft werden.

Vorposten ohne Licht. Vorposten mit den zahlreichen Offizieren an der pommerischen Küste ist ohne elektrisches Licht und Kraft. Dienstag morgen sind hundert Beamte und Arbeiter der Ueberlandzentrale Stralsund in den Streik getreten, weil der Aufsichtsrat der Ueberlandzentrale die Lohnforderungen abgelehnt hat. Da die Angestellten der Betriebsabteilung Swinemünde durch Tarifvertrag mit den Stralsunder Angestellten verbunden sind, hat auch der Streik nach Swinemünde übergegriffen. Durch den Streik werden bei der jetzigen Hochflut besonders die Bäder Heringsdorf, Ahlbeck, Swinemünde usw. in Mitleidenschaft gezogen. In Swinemünde ist außerdem die Arbeiterschaft der Wasserwerke in den Sympathiestreik eingetreten, so daß Swinemünde jetzt auch ohne Wasser ist.

Schiffverletzung durch Funkentelegraphie. Wieder einmal hat die Funkentelegraphie ihre große Bedeutung für die Seeschifffahrt als Vetterin von Schiffen in Not erwiesen. Kürzlich lief der amerikanische Dampfer „Kerowien“ bei Norderland auf eine Sandbank und wurde dabei schwer beschädigt. Bei dem herrschenden dichten Nebel war Gefahr, daß das Schiff mit der ganzen Besatzung und der wertvollen Ladung verloren ging. Es gelang aber, mittels der an Bord vorhandenen Funkentelegrapheneinrichtung auf dem Wege über die der Funkentelegraphenverwaltung unterstellenden Küstenfunkstellen Norddeich und Cuxhaven und über die Marinefunkstelle in Wilhelmshaven mehrere Torpedoboote und Schlepper herbeizurufen. Diese nahmen die Besatzung des Dampfers an Bord und schleppten dann den Dampfer nach Hamburg, wo er sofort ins Dock gehen mußte.

Gewalttaten demonstrierender Arbeiter. Wie vor einigen Tagen in den höchsten Fabriken, so ist es am Montag in den Adlerwerken Meyer in Frankfurt a. M. zu schweren Demonstrationen gekommen. Es handelte sich auch hier hauptsächlich um Nebenzahlung der Steuerabgaben durch die Firma und um die Arbeitszeit. Die Arbeiter drangen in das Direktionsgebäude und nötigten den Generaldirektor Sanderling zu Zugeständnissen. Mehrere Arbeiter

schlugen den Direktor zu Boden, wodurch er einen leichten Schädelbruch und Quetschungen davontrug. Die Prokuristen Erwin und Wilhelm Meyer, die den Generaldirektor zu Boden versuchten, wurden gleichfalls verletzt. Viele Einrichtungsgegenstände wurden zerstört, zahlreiche Scheiben eingeschlagen. Ein Teil der Arbeiter suchte erfolglos die Angegriffenen zu schützen.

Der Streik in Königsberg i. Ostpr., der nun fast vier Wochen andauert, hat einen Umfang erreicht, der für die ganze Provinz eine wirtschaftliche Gefahr bedeutet. Es streiken etwa 25 000 Arbeiter. Besonders die Transportarbeiter haben keine Lust, den Streik abzugeben. Die Straßenbahn, das Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk funktionieren seit Sonntag wieder. Eine Folge des Streiks dürfte sein, daß die Dampfschiffe, wie festgestellt, am 15. August, sondern erst einen Monat später stattfinden kann, falls der Zustand nicht bis Mitte der Woche beendet ist.

Die Luftschiffe „Godeffroy“ und „Nordstern“ müssen an die Entente abgeliefert werden. In der außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Luftschiffahrt A. G. in Friedrichshafen, in der beschlossen wurde, angesichts der Verluste keine Dividende zu verteilen, gab der Vorsitzende bekannt, daß die Entente für die nach der Revolution zerstörten Luftschiffe Ersatz verlange, aber nicht nach der Zahl, sondern nach dem Rauminhalt. Da die zerstörten Luftschiffe über 50 000 Kubikmeter Inhalt gehabt hätten, verlangt die Entente für jedes zerstörte Luftschiff zwei kleine Luftschiffe. Die beiden Jahrgangsluftschiffe „Godeffroy“ und „Nordstern“ müssen in diesem Sinne abgeliefert werden. Beim Wiederbeginn des Luftschiffbaues müsse man jedes dritte Luftschiff bis zur Ablieferung der verlangten Zahl als Ersatzschiff an die Entente abgeben, und zwar in der Art, daß von diesen drei Luftschiffen das vollkommenste zur Ablieferung gelangt. Ob dieser Plan sich durchführen lassen werde, sei sehr fraglich. Verlangt werde ferner von der Entente, daß die große Bauhalle in Friedrichshafen, in welcher Luftschiffe bis zu 70 000 Kubikmetern gebaut wurden, gänzlich zerstört werde. Ueber diesen Punkt seien jedoch Verhandlungen eingeleitet.

„Fürstliche“ Heiratsvermittlung. Ein angeblicher Reichsgraf von Borinsky-Bogdanoff, Fürst der Tataren, und Fürst Sapieha-Wohmode, dipl. Ingenieur und Flieger, sind von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen und entlarvt worden. Reichsgraf von Borinsky-Bogdanoff, der Fürst der Tataren, entpuppte sich als der 45 Jahre alte Maurer Johann Kegel, der durch Diebstahl in den Besitz von Ausweispapieren gelangt war, die er durch verschiedene Stempel und Unterschriften noch verschönernte. Er hatte durch Heiratsvermittlerinnen die Bekanntschaft vermögender Damen gesucht und sich mit einer von ihnen trauen lassen. Dafür wurden ihm 19 000 Mark gezahlt. Der Reichsgraf schickte die neue Fürstin auf Reisen in die Schweiz und ging auf neuen Schwindel aus. Er fand wieder eine heiratslustige Dame, die sich nach einem Fürstentitel sehnte und wußte ihr nach und nach ganz erhebliche Summen herauszulocken, bis ihm die Polizei auf Anregung der geprellten Dame das Handwerk legte. Der Freund des Fürsten der Tataren, Stanislaus Lee, hat sich gleichfalls einen falschen Fürstentitel als Vordruck für reiche heiratslustige Damen zulegt. Der „Fürst Sapieha“ lockte einer Dame über 1/2 Million ab für ein Weltunternehmen, „das Berlin der Kontor des Syndikats für Europa und Weib“ sei, das er in Berlin gründete. Auch hier wurde der Schwindel aufgedeckt und der Fürst seines glanzvollen Titels beraubt.

Sechs Personen an Bilzberg gestorben. In Bismarck in Westfalen sind zwei Familien nach dem Genuß selbstgekaufter Pilze erkrankt. Sechs Personen sind schon gestorben. Mehrere andere liegen hoffnungslos darnieder.

Französische Truppentransporte in Erfurt aufgehalten. In Erfurt ist es in den letzten Tagen mehrmals zu Zusammenstößen zwischen den deutschen Eisenbahnbeamten und Militärtransporten der Entente gekommen, da die dortigen Eisenbahner jeden aus dem Westen kommenden Transport anhalten und untersuchen. Am letzten Sonntagabend erfolgte ein Zusammenstoß mit französischer Infanterie, der sehr schroffe Formen annahm. Gegen 5 Uhr nachmittags kam aus Köln ein Transportzug, in dem eine Kompanie französischer Soldaten untergebracht war. Die Eisenbahner teilten den Franzosen ihren Beschluß mit, keine Militärtransporte mehr zu befördern, die nach Polen bestimmt seien. Darauf versuchte der französische Kompanieführer, die Weiterfahrt mit Gewalt zu erzwingen. Er ließ den Zugführer und Heizer festnehmen und die Kompanie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen schußfertig gemacht wurden. Dieses Vorgehen löste unter den Beamten große Empörung und Erregung aus. Der französische Offizier zeigte schließlich die für seinen Transport ausgestellten Fahrscheine, auf denen angegeben war, daß es sich um eine Abstellung von 160 französischen Urlaubern handele, die sich auf der Rückfahrt zu ihren Truppenteilen in Ober-Schlesien befänden. Auf die Einwendungen der deutschen Eisenbahner, daß es doch nicht üblich sei, Urlaubern mit Waffen und kriegsmäßiger Ausrüstung in die Heimat auf Urlaub zu schicken, erklärte der Offizier, daß dies neuerdings auf Befehl der französischen Militärbehörden geschehe. Nach stundenlangen Beratungen wurde dem französischen Transportzug dann die Weiterfahrt gestattet.

Freiwillige in Freiwaldau. Im Anschluß an eine Protestversammlung gegen die Feuerung nach in Freiwaldau (Schlesien) zu großen Demonstrationen. Mehrere hundert Personen zogen zum Kurhaus und verlangten, daß alle Kriegsgewinnler den Kurort sofort verlassen. Die Demonstranten drangen in die Speisefälle des Kurhauses ein und schleppten alle Lebensmittel fort. Dem Leiter des Sanatoriums wurde die Forderung überreicht, daß die Gefunden innerhalb 24 Stunden, die Kranken innerhalb fünf Tagen den Kurort verlassen sollen. Die Menge zog dann nach Greiffenberg, wo sich im Stefaniushotel diese Szenen wiederholten. Überall wurden die Lebensmittelvorräte weggeschleppt.

Allein Nachrichten.

Die Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen betrug am 15. Juli insgesamt 357 143 gegen 297 185 am 15. Juni. Hierzu kommen 328 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden.

Am 9. August fährt sich zum 30. Male der Tag, da Helgoland auf Grund eines friedlichen Vertrages deutsch wurde.

Der Landarbeiterstreik in Braunschweig hat eine Verschärfung erfahren. Die Landarbeiter weigern sich, Landarbeiten zu verrichten.

Die französische Regierung hat nunmehr gestattet, daß bei Grenzüberreitungen 5000 Franken, und nicht wie früher 1000 Franken, mitgenommen werden können.

Gerichtssaal.

Das Urteil im Münchener Hochverratsprozess. In dem Hochverratsprozess gegen die Mitglieder der Münchener U. S. V. D. Vening, Freiberger und Deder wurde nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Die Angeklagten waren beschuldigt, in einer sogenannten „Kommission A“ Vorbereitungen für einen Generalstreik und einen politischen Umsturz getroffen zu haben. Das Verfahren gegen den gleichfalls angeklagten kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger war bereits zu Beginn der Verhandlung ausgesetzt und abgetrennt worden. Nach ihren und der Angeklagten Aussagen bestand die Aufgabe der „Kommission A“ lediglich in der Vorbereitung des Generalstreiks zur Abwehr eines reaktionären Aufstiegs. Das Volksgericht erkannte gegen Vening wegen des Vorgehens der Vorbereitung eines Hochverrats auf 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Freiberger und Deder wurden freigesprochen.

Erhängtes Todesurteil. Wegen dreifachen Raub wurde der Gärtner Krings in M. Gladbach auf zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Volkswirtschaftliches.

Die deutschen Sparkassen im Juni 1920. Im Juni betrug der Geldzufluß zu den deutschen Sparkassen mindestens 1600 Millionen Mark, eine Summe, die früher noch niemals in einem einzigen Monat erreicht worden ist. Die Gründe dieser Erscheinung sind wenig erfreulicher Art. Die Geldfülle hängt nämlich mit dem allmählichen Niedergang in Handel und Gewerbe zusammen. Es vollzieht sich wieder, nach kurzem Aufblühen, eine Placidation der gewerblichen Betriebe, ein vollständiger Ausverkauf der Vorräte.

Die Kosten des Reichsverorgungsgesetzes. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach dem Reichsverorgungsgesetz beläuft das Reich jährlich mit ungefähr 5 1/2 Milliarden Mark, wenn die Kosten der sozialen Fürsorge mit eingerechnet werden, mit nahezu 6 Milliarden Mark. Das bedeutet, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, einen Steuerbetrag von nahezu 100 Mark.

U. Behandlung der Palmen im Sommer. Härtere Palmen, d. h. solche, welche der Baie als Zimmerpflanzen kultivieren kann, welche also nicht der Pflege in besonderen Palmenhäusern bedürfen, können im Sommer ohne Schaden ins Freie gebracht werden. Bei der Aufstellung achte man besonders darauf, daß die Pflanzen nicht dem Windzuge ausgesetzt sind. Dieser reicht nicht bloß die Wedel ab, sondern reißt auch die Blätter in Fäden. Sehr empfindlich sind Palmen gegen die Mittagssonne. Man stellt sie am besten unter die Äste einer Laube, doch so, daß sie Morgen- und Nachmittagssonne haben. Im Sommer, wenn die Entwicklung der jungen Blätter eintritt, verlangen die Palmen reichliche Bewässerung, doch darf es nicht zu kalt sein. Das in den Unterlag abfließende Wasser muß immer ausgegossen werden. An staubigen Tagen empfiehlt sich ein Bestäuben der Blätter mit Wasser. Wie sehr dies dem Wachstum und Aussehen der Pflanze förderlich ist, kann man nach jedem Regen beobachten. Wegen Einflüsse starker Trockenheit und scharfer Winde schüttet man sie am besten durch Eingraben der Erde bis an den Rand in die Erde. Sobald die Nächte beginnen, kühl zu werden, also gegen Mitte September, gießen die Palmen wieder in das Haus. Das Bewässern geschehe nie im Sommer oder Herbst. Jüngere Exemplare müssen alljährlich umgepflanzt werden, ältere können zwei bis drei Jahre lang in ihrem Topfe stehen bleiben, wenn man nur durch Dünggaben dessen Erde in Kraft erhält. Behält man die Palmen im Sommer im Zimmer, so gebe an ihnen den hellsten Platz, schütze sie aber mittags vor Sonnenbrand durch Vorhänge.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 4. Aug. Wie das „Berl. Tagbl.“ hört ist die Frage der Erhöhung der Protration im Reichs ernährungsministerium Gegenstand dauernder Erörterungen. Eine Entscheidung kann aber nicht früher getroffen werden als bis man nicht im klaren über den Ausfall der Ernte ist.

TU Königsberg, 4. Aug. Nach hier eingelaufenen Nachrichten hat sich am 31. Juli auf polnischem Gebiete ein vorläufiges Komitee gebildet. Dieses wendet sich an die werktätige Bevölkerung Polens in einem Aufruf, in dem es heißt: „Gewaltig nähert sich uns die Rote Armee und die Lösung ist für unsere und für eure Freiheit, einen dauernden Frieden zu erhalten, nur zwischen einem sozialistischen Rußland und einem sozialistischen Sowjet-Polen möglich. Die Fabriken und die Bergwerke müssen den Händen der Kapitalisten, Spekulanten und Blutsaugern entrissen werden. Das Land muß dem Volk als Eigentum übergeben werden. Die Gutbesitzer müssen verjagt werden. Das Land wird durch Bauernkomitees verwaltet werden. Das Land der arbeitenden Bauern bleibt ungetastet. In den Städten geht die Gewalt in die Hände der Arbeiterräte über. In den Dörfern werden vorläufige Sowjets gebildet. Wenn in ganz Polen die blutige Regierung, die das Land in den verbrecherischen Krieg getrieben hat, davongejagt sein wird, so wird der Rat der Arbeiter-deputierten der Städte und Dörfer die polnische sozialistische Sowjetrepublik bilden.“

TU Paris, 5. Aug. Millerand, Lloyd George und Giolitti werden voraussichtlich am 19. August in Luzern zusammentreffen. Man glaubt sogar, daß die Zusammenkunft der neuesten Ereignisse wegen früher abgehalten wird. Dieser Tage sagte der französische Ministerpräsident, unter Blick müsse ausschließlich nach Osten gerichtet sein. Die Bolschewisten warten nur noch die Einnahme von Warschau ab, um vom Frieden zu sprechen. Lloyd George arbeitet mit allen Kräften auf den Londoner Kongress hin, der einen definitiven Frieden zustande bringen soll.

TU Paris, 5. Aug. Das „Journal“ schreibt, es sei das beste die Unterhandlungen mit Rußland zu den Bedingungen, die russischerseits hinsichtlich Polens gestellt würden, wieder aufzunehmen. Die Alliierten hätten keine Wahl, denn ein öffentlicher Bruch würde den Krieg bis zum äußersten gegen Rußland bedeuten. Es würde dann notwendig sein, daß Deutschland vorher entwaflnet würde. Mit der deutschen „Drohung“ im Rücken könne man den Krieg gegen Rußland nicht beginnen. Das Blatt berichtet dann, daß über diesen zuletzt erwähnten Punkt ein Gedanken-austausch zwischen London und Paris im Gange ist.

TU Basel, 5. Aug. In britischen-offiziellen Kreisen wird für den Fall, daß die Bolschewisten sich der Stadt Warschau bemächtigen und dort eine Sowjetregierung errichten sollten, die Errichtung einer Sicherheitswehrlinie um Polen herum, das vorläufig seinem Schicksal überlassen werden würde, ins Auge gefaßt.

TU Genf, 5. Aug. Der nach Genf entfaltete Sonder-berichterflatter der „Telegraphen-Union“ drahtet: Der Sozialistenkongreß hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß der Weltkrieg mit einem Frieden abgeschlossen worden ist, der die Welt in

einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit beläßt. Der Kongreß protestiert gegen jede Bestimmung des Versailler Vertrages und der folgenden Verträge, deren Charakter für die Aufrichtung eines dauernden und endgültigen Friedens ein Hindernis bildet. Der Geist des Imperialismus legt den Völkern immer neue Lasten auf. Die Unerträglichkeit der Verträge hat bei den besiegten Völkern Proteste hervorgerufen und dadurch wieder bei den Siegervölkern Angstgefühle erweckt, die von den führenden imperialistischen Kreisen zur Fortsetzung und Stärkung des Militarismus ausgenützt werden. Der Kongreß protestiert hiergegen, sowie auch gegen die Ausschreitungen des Militarismus in den gegenwärtig besetzten Gebieten. Er warnt vor jeder Verletzung der Neutralität und weiteren Besetzungen. Gegen die offene oder versteckte Intervention fremder Regierungen in Rußland erhebt der Kongreß energischen Protest. Er stellt fest, daß der Untergang der russischen, deutschen und österreichischen Kaiserreiche die verderblichsten Kriegsverursacher verschwinden ließ, und daß die Aufrichtung der Demokratie freudig begrüßt wird. Damit diese Hoffnung nicht enttäuscht wird, ist es Sache des Proletariats aller Länder, sich an die Spitze der auf Erhalt des Friedens gerichteten Bestrebungen zu stellen und den Kampf gegen

Imperialismus und Militarismus entschiedener und rücksichtsloser als je zuvor und mit allen zur Verfügung stehenden politischen und gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen. Ferner haben die arbeitenden Klassen die Verpflichtung, das Ungenügende und die Fehler des Völkerbundes klarzustellen, besonders in diesen Stellen des Vertrages, der die Anerkennung des Rechtes auf Krieg enthält. Der Völkerbund kann nur dann eine Sicherung des Friedens bedeuten, wenn er durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchsetzt, ferner durch die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, Lebensmittel und Kredite. Festhaltend an dem Grundsatze der Wiedergutmachung muß der Völkerbund dahin wirken, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird zugleich die Landesgrenzen, die durch den Vertrag willkürlich festgelegt sind, durch Grenzen ersetzen, die den bereits ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Der Kongreß fordert, daß die Delegiertenversammlung des Völkerbundes sofort die Zulassung der Zentralmächte und der anderen den Anschluß verlangenden Republiken erklärt.

Bekanntmachung.

Freitag den 6. ds. Mts., nachmittags von 2 bis 5 Uhr, kommen im Wirtschaftsamt von der Lehranstalt gelieferte

Reinecklauden

das Pfund zu Mk. 1.30 zum Verkauf.

Freitag, 6. ds. Mts. von vorm. 7 1/2—12 Uhr kommt im Wirtschaftsamt

Corned-Beef

zum Verlaufe.

Auf die Person entfallen 170 Gramm zum Preise von Mk. 4.60. Die Fleischarten sind vorzulegen.

Von Montag den 9. ds. Mts. an kommt in den Kolonialwarenhandlungen

Einnachzucker

zur Verteilung.

Die Vorlage der neuen Lebensmittelkarten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 13 hat am Freitag den 6. ds. Mts. zu erfolgen. Preis je Pfund 7.25 Mk. Auf die Person entfällt 1/2 Pfund.

Von demselben Tage an kommt der

Haushaltungszucker

für den Monat August zur Verteilung. Die zur Verteilung kommende Menge wird noch bekannt gegeben. Die Abtrennung des Zuckerbezugsabschnittes für den Monat August hat Freitag den 6. ds. Mts. zu erfolgen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Abschnitte bis Samstag Vormittag spätestens 10 Uhr im Wirtschaftsamt abzugeben.

Geisenheim, den 5. August 1920.

Der Magistrat.



Nigrin

Glänzt in einer Sekunde, da wieder reine Terpentinölware wie vor dem Kriege.

Lebensware ist mit Vandercor versehen.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Mein

Maß- u. Reparatur-Geschäft befindet sich von heute ab

Eindenplatz 10.

Hochachtend

Karl Warzelhan

Schuhmachermeister.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen für den privaten Bedarf, für Handel, Industrie und Gewerbe, sowie Behörden

Färberei und chem. Reinigung
Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und Umgebung Herr Schneidermeister. Schön, Rüdesheim Neustrasse 12.

Reinigen u. färben sämtl. Herren- u. Damen-gaderoben sowie Teppiche, Möbelstoffe usw. innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund.

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.) Exp.: Winkeler Landstrasse 53b Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

—Kenchhusten—

Bronchial-Asthma und Verschleimung
Spezialbehandlung

seit über 20 Jahren mit anerkannt überaus schnell, best. Erfolg.
O. Schiamp, Apotheker, Wiesbaden, Kais. Friedr. Ring 17
Herrnstr. 2075. On parle français. English spoken.

Frisch von der See!

la. Rabliau

ohne Kopf

la. Schellfisch

ohne Kopf

empfehl. billigt

Warenhaus Kittel
Geisenheim, Breitestr. 2.

Lade morgen einen
Waggon

Kartoffeln

aus, das Pfund Mk. 1.25, im Zentner billiger.

Carl Dillmann

Behlstr. 9. Telef. 265.

Mirabellen u. Reinecklauden

bei Abnahme von 10 Pfund ab Mk. 1.20 bei

Frau B. Rothhaupt.

Rübsamen

zu verkaufen bei
Franz Rückert
Winkelerstr. 47.

Prima Schweine-Schmalz

per Pfd. Mk. 17.50.

Warenhaus C. Kittel.

Essig- und Salz-Gurken

zum Einmachen per 100 Stüd 8—10 Zsk. eingetroffen bei

Frau B. Rothhaupt
Marktstraße.

Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstüben,

Wasserpflöcke,

Bretter u. Latten.

C. Dillmann.

Besuchskarten
Liefert schnellstens
Buchdruckerei A. Jander.

Hotel Restaurant, Cafe

Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Ursgruppe: Geisenheim-Johannisdorf.

Alle ehemalige Kriegsgefangenen, die nach dem 1. Jan. 1920 aus Gefangenschaft entlassen wurden, wollen ihre eventl. noch im Besitz befindlichen Entlassungsscheine baldigst bei Kamerad Mathias Stoll abgeben.

Der Vorstand.

Turnerschaft Geisenheim
von 1858.

Dienstags und Donnerstags abends

Turnstunde

der akt. Turner u. Zöglinge. Besonders haben von jetzt ab die Zöglinge vollständig zu erscheinen weil von heute ab die Übungen für das Jugend-Turnen eingetourt werden. Der Turnwart.

Gesangverein Lieder-kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr.

Gefangstunde.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bitten
Der Dirigent.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Vereinslokal Andr. über

Am Sonntag den 8. August beteiligt sich unser Verein an dem Sommerkonzert des Gesangvereins „Harmonia“, Rempten und laden wir unsere Mitglieder und deren Angehörige, sowie alle Freunde und Gönner zu recht zahlreicher Beteiligung höflichst ein. Treffpunkt um 1/2 2 Uhr an der hiesigen Schiffsländebrücke. Gemeinsamer Abmarsch über die Hindenburgbrücke pünktlich um 2 Uhr. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Vereinswirt für das leibliche Wohl in jeder Hinsicht genügend Sorge getragen hat und dürfte somit wieder einige genussreiche Stunden bevorstehen.
Der Vorstand.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Morgen Freitag Abend 8 1/2 Uhr:

Spielausführung

im Vereinslokal.

Wichtiger Besprechung wegen ist Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorsitzende.

Gute Milchziege

und eine

2jährige Ziege

(ungelammt) nicht krank gewesen, sowie ein
Sandwagen
zu verkaufen. Sandstr. 6.

Futtertröge und Rauten
Frau P. J. Klein Wwo,
Steinheimerstr. 5.